

# NEUIGKEITEN AUS DER REGION HANNOVER

## FÜR EINEN SOZIALEN UND ÖKOLOGISCHEN AUFBRUCH.

Mai 2026



**Regina Hogrefe**  
Fraktionsvorsitzende

**Liebe Leserinnen, liebe Leser,**

nur vier Wochen lagen zwischen den beiden letzten Regionsversammlungen und trotzdem gibt es auch in diesem Newsletter viel zu berichten. Unser Antrag zum Schulmittagessen ist eingebracht, der Rechenschaftsbericht der Fraktion liegt vor, die Mitglieder der Regionsversammlung waren auf der alljährlichen Regionsrundfahrt unterwegs und in der letzten Regionsversammlung gab es viel zu diskutieren und zu beschließen. Außerdem weisen wir auf der zweiten Seite nochmals auf unsere Veranstaltung „Satt lernt besser!“ am 26. Mai 2026 hin.

Über all das berichten wir in diesem Newsletter. Das Interview mit unseren Sprecher:innen führten wir diesmal mit unserem kinder- und jugendpolitischen Sprecher Johannes Seifert.

**Ich wünsche frohe Pfingsttage und viel Spaß beim Lesen**



Unser Rechenschaftsbericht 11/2021 bis 05/2026 ist erschienen und ist über unserer Homepage abrufbar: <https://spmlink.de/HJZsnnApZaNy>

## Impressionen von der Regionsrundfahrt 2026

Am 20. Mai 2026 nahmen viele unserer Regionsabgeordneten an der diesjährigen Regionsrundfahrt teil.

Vom Regionshaus ging es nach Sehnde, wo unter der Überschrift „Sprinti wird elektrischer und regionaler“ die Flottenerweiterung von Sprinti vorgestellt wurde.

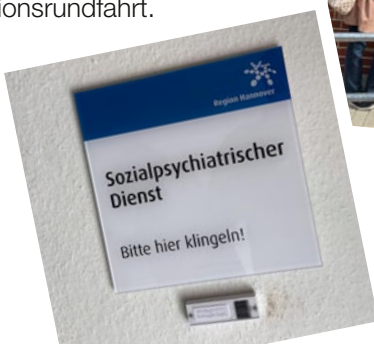
Dann folgte eine Fahrt nach Lehrte zu einem Besuch der Fahrzeuge und der Halle der technischen Einsatzleitung.

Weiter ging es dann nach einem Mittagessen zu einem Besuch des Sozialpsychiatrischen Dienstes in Burgdorf.

Bevor es dann zurück zum Regionshaus ging, bildete die „Kunstspirale“, ein Projekt im Kontext von Kultur und Nachhaltigkeit, den Abschluss einer spannenden Regionsrundfahrt.



**HINWEIS:**  
Unsere für den 28. Mai 2026 angekündigte Veranstaltung „Gemeinsam stark vor Ort - Wie bewahren wir die Demokratie in den Kommunen?“ müssen wir aus organisatorischen Gründen leider absagen.



## Gutes und bezahlbares Mittagessen für alle Kinder und Jugendliche

Die SPD-Regionsfraktion in der Region Hannover möchte, dass Kinder und Jugendliche an Schulen künftig verlässlich ein gesundes, gutes, bezahlbares und leckeres Mittagessen bekommen. Deshalb bringt die SPD-Regionsfraktion gemeinsam mit ihrem Koalitionspartner Bündnis 90/Grüne einen Antrag auf den Weg, mit dem die Einführung einer kommunalen „Regionsküche“ geprüft werden soll.



*Thilo Scholz | Sprecher für Schulen, Kultur und Sport*

„Kein Kind darf wegen des Geldbeutels der Eltern schlechter essen oder auf ein warmes Mittagessen verzichten müssen“, erklärt Thilo Scholz, schulpolitischer Sprecher der SPD-Regions-

fraktion. „Gerade mit dem Ausbau der Ganztagschulen wird gutes Essen in der Schule immer wichtiger – für die Gesundheit, die Konzentration und faire Chancen für alle Kinder.“



*Johannes Seifert | Kinder- und jugendpolitischer Sprecher*

Derzeit gibt es in der Region Hannover viele unterschiedliche Modelle der Schulpflege. Qualität, Preise und Angebote unterscheiden sich oft stark von Schule zu Schule. Das möchte die SPD ändern. „Unser Ziel ist eine gerechtere und verlässliche Versorgung mit gesunden Mahlzeiten – unabhängig davon, wo ein Kind zur Schule geht.“ erläutert Johannes Seifert, jugendpolitischer Sprecher in der SPD-Regionsfraktion.



*Walter Zychlinski | Stellv. Sprecher für Schulen, Kultur und Sport*

Mit einer kommunalen Regionalküche könnte die Region Hannover künftig selbst stärker Verantwortung übernehmen: für gute Qualität, faire Preise und regionale Lebensmittel. Durch die Einbindung von Landwirt\*innen und Produzent\*innen sowie der Austausch mit inklusiven Großküchen gewinnt der gestellte Antrag an Substanz und stellt sich auf eine solide Basis. Walter Zychlinski, stellv. Sprecher für Schulen, Kultur und Sport, betont: „Für uns gehört zu einer guten Mittagessenversorgung auch die Nachhaltigkeit in der gesamten Wertschöpfungskette. Außerdem ist es uns ein wesentliches Anliegen, dass die Mitarbeiter\*innen fair entlohnt werden und alle

beteiligten Unternehmen sozial und inklusiv arbeiten.“

Für die SPD-Regionsfraktion steht beim Antrag dabei vor allem der soziale Gedanke im Mittelpunkt. Gute Ernährung darf keine Frage des Einkommens sein. Deshalb sollen gesunde Mahlzeiten für Familien bezahlbar bleiben. Gleichzeitig sollen Familien entlastet werden – auch durch digitale Lösungen bei Bestellung und Abrechnung des Mittagessens.

Der Antrag sieht zunächst eine gründliche Prüfung vor. Die Regionsverwaltung soll untersuchen, welche Modelle sinnvoll und finanzierbar sind und wie eine schrittweise Umsetzung aussehen könnte. Bis Ende 2026 sollen dazu konkrete Vorschläge vorliegen.

Für Thilo Scholz bedeutet Mittagessenversorgung: „Wir wollen, dass jedes Kind in der Region Hannover Zugang zu gesundem Essen hat – unabhängig vom Einkommen der Eltern. Das ist für uns eine Frage der sozialen Gerechtigkeit – denn: Satt lernt besser!“

**Unser Antrag „Umsetzung einer gesunden und qualitativ hochwertigen und familienentlastenden Mittagessenversorgung in Schulen in der Region Hannover durch den Aufbau einer kommunalen Regionalküche“ findet sich auf unserer Homepage: <https://spmlink.de/zsboibq>**

Für eine gute Mittagessenversorgung an Schulen  
**Satt lernt besser!**

**Am Dienstag, 26. Mai 2026 von 18:00 bis 20:00 Uhr  
im Haus der Region Hannover | 30169 Hannover  
Eingang Hildesheimer Straße 18 | Raum N 003**

Wir laden herzlich ein zu unserer Power-Talk-Veranstaltung „Satt lernt besser!“ als Gast im Plenum dabei zu sein. Unsere Podiumsgäste werden in drei Power-Talk-Runden kurzweilig und konstruktiv zu verschiedenen Themenkomplexen diskutieren und uns Ihre Expertise näherbringen.

Alle Infos gibt es hier: <https://spmlink.de/ramgryrg>



## Besuch bei der Lebenshilfe Seelze

Wir waren am 11. Mai 2026 zu Besuch in der Großküche der Lebenshilfe Seelze.

Als Inklusionsbetrieb hat diese Küche andere Herausforderungen als eine reguläre Großküche. Aber: wir konnten feststellen, Herausforderungen sind hier Ansporn für ein großartiges Miteinander.

Alles läuft routiniert, systematisch durchdacht, pädagogisch wertvoll und vor allem wertschätzend miteinander.

Wir waren sehr begeistert und es war uns eine große Freude, so wunderbare Menschen und eine so gute Arbeitsatmosphäre kennenlernen zu dürfen.



## Schulessen schmeckt nicht? Doch, in Gehrden schon!

In der Mensa Gehrden konnte sich heute unsere Schul-AG davon überzeugen, dass Schulessen lecker sein kann und sogar Spaß macht!

Wie das?

Jede Woche erstellt eine Schüler:innengruppe ein Dessert, arbeitet über die schuleigene Schülerfirma im Kiosk oder in der Küche mit. Alle Kinder und Jugendlichen haben Mitspracherecht bei der Auswahl der Gerichte, dürfen probieren und ihre Ideen einbringen. Die Mensa wird gemeinsam von Mitarbeiter:innen mit Inklusionsbedarf und Schüler:innen geführt - unterstützt von engagierten

Fachkräften. Neben einer starken Menüauswahl für Schulen und Kitas bietet die Mensa auch Mittagessen für Externe sowie Catering durch Pro Beruf an.

Interessant war vor allem der Blick hinter die Kulissen. Mit Schutzkleidung ausgestattet konnte die AG nachvollziehen, wie komplex die Abläufe in einer Großküche sind - vom Einkauf bis zum fertigen Teller.

Herzlichen Dank an Frau Kruška, die uns sehr anschaulich und kurzweilig die Aufgaben und Arbeitsprozesse einer Großküche erläutert hat.



## Region Hannover ++ Die SPD-Fraktion unterwegs in der Region Hannover ++ Die SPD-Fraktion unterwegs

### AG Verkehr vor Ort: Besuch bei der SPD-Ratsfraktion Garbsen

Politische Arbeit lebt vom Austausch. Deshalb war unsere AG Verkehr am 11. Mai 2026 in Garbsen und hat mit Mitgliedern der SPD-Fraktion im dortigen Stadtrat darüber gesprochen, was sie im Verkehrsbereich in Garbsen bewegt.

Die Hauptthemen waren eine bessere Anbindung der Ortsteile an den Stadtkern in Garbsen, die Entfernungen

von Bushaltestellen zu Wohnsiedlungen, die Busverbindung nach Seelze und das Zusammenspiel von Bus- und Stadtbahnverkehr.

Wir konnten einige wichtige Impulse für unsere Arbeit mitnehmen, bedanken uns bei der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Garbsen für den sehr informativen Austausch und bleiben weiterhin in Kontakt.



## REGIONSVERSAMMLUNG KURZ UND KNAPP

### In der Regionsversammlung am 19. Mai 2026 wurden viele Themen beraten und in verschiedenen Politikbereichen u.a. folgende Beschlüsse gefasst:

#### GESUNDHEIT

Zuwendungen an das Klinikum Region Hannover GmbH für:

- das Dekarbonisierungsprojekt II am Klinikum Neustadt am Rbge.
- die Neustrukturierung der Tagesklinik der Psychiatrie Langenhagen
- diverse Geräte der Diagnostik in der Pathologie
- ein Robotiksystem am KRH Gehrden

#### SOZIALES

Antrag von SPD und Grünen zur Verbesserung der Versorgung bei Schwangerschaftsabbrüchen:

- bessere und schnellere Versorgung für ungewollt Schwangere
- mehr Informationen, Vernetzung und Abbau von Sprachbarrieren
- Selbstbestimmung und Wahlfreiheit stärken

#### GLEICHSTELLUNG

Antrag von SPD und Grünen zur Erklärung der Region Hannover als „Freedom Zone“ für LGBTIQ\*:

- Zur Stärkung von Schutz, Rechten und Maßnahmen gegen Diskriminierung, Gewalt und Ausgrenzung queerer Menschen

#### UMWELT UND REGIONALPLANUNG

Die Umsetzung der Moor- und der Wasserstrategie:

- Renaturierung des Oldhorster Moores
- Wiederherstellung der Schwammlandschaft im Bereich der Wulbeck-Quellen

sowie:

- Die Förderrichtlinie „Grundwasser“ zum nachhaltigen Umgang mit Grundwasser
- Die Förderung einer energetischen Altbausanierung „ Vom Pferdestall zum außerschulischen Lernort - energieeffizient modernisiertes Seminargebäude für den Weltacker der Region Hannover“ des Vereins „Heuhüpfer e.V“
- 6. Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms Region Hannover 2016

#### SCHULEN

Antrag von SPD und Grünen für schnelle Entlastung an Schulen durch modulare Bauten:

- schnelle und nachhaltige Entlastung von Förder- und Berufsschulen durch flexible Modulbauten
- bekannte Lernorte für Schüler\*innen erhalten und Standortwechsel möglichst vermeiden

sowie:

- Antrag von SPD und Grünen zur Erstellung einer priorisierten und regelmäßig fortzuschreibenden Liste aller Schulbauvorhaben zur schnelleren und transparenten Umsetzung in der Region Hannover
- Die Förderung des Schulbiologiezentrums Hannover
- Mittagessenverpflegung an sechs Förderschulen der Region durch die KRH-Servicegesellschaft

#### KULTUR

- Chorförderung der Region Hannover bis 2029
- Förderung der kulturellen Bildung der Region Hannover bis 2029
- Förderprogramm „Bildende Kunst und Kunstvermittlung“ der Region Hannover bis 2029
- Spielplanförderung der Region Hannover von Darstellender Kunst
- institutionelle Förderung für Kultureinrichtungen in der Region Hannover bis 2029
- Förderung der Theaterpädagogik in der Region Hannover bis 2029
- Förderung Theater für Niedersachsen bis 2029

**Einige dieser Themen werden nachfolgend über Reden der Abgeordneten und Beiträge genauer dargestellt.**

**Interessierte finden die Drucksachen sowie weitere Sitzungstermine und Tagesordnungen zu den Regionsversammlungen und den Sitzungen der Fachausschüsse hier: <https://iris.hannit.de/public/>**



## Zum Antrag von SPD und Grünen: Selbstbestimmung stärken – Versorgungslage für ungewollt Schwangere verbessern

**Um die Versorgung ungewollt schwangerer Frauen zu verbessern und die Selbstbestimmung zu stärken, haben SPD und Bündnis 90/Die Grünen einen entsprechenden Antrag in die Regionsversammlung eingebracht. Hier der Redebeitrag der gleichstellungspolitischen Sprecherin der SPD-Regionsfraktion, Cornelia Busch.**

*- Es gilt das gesprochene Wort -*

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrter Herr Erster Regionsrat, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Abgeordnete,

ich bin Cornelia Busch, Sprecherin für Gleichstellung in der SPD-Regionsfraktion und möchte, auch im Namen von meiner Kollegin Anja Sander, unserer gesundheitspolitischen Sprecherin, kurz auf unseren Antrag 4783 (V) Ant eingehen.

Am 3. Februar haben wir gemeinsam mit unserem Koalitionspartner den Grünen, einen Antrag zur Stärkung der Selbstbestimmung von Schwangerschaftsabbrüchen von Frauen eingebracht – Ziel des Antrags ist es ausdrücklich, die Versorgungslage ungewollt schwangerer Frauen zu verbessern.

Für uns steht es außer Frage, dass jede Frau in unserer Region Zugang zu einer sicheren, respektvollen und unbürokratischen Versorgung haben sollte.

Ein Schwangerschaftsabbruch ist für Frauen eine sehr persönliche und emotionale Angelegenheit. Die Gründe für einen Abbruch sind vielfältig und bedürfen einer bestmöglichen diskriminierungsfreien und medizinischen Versorgung.

Doch leider ist diese Versorgungslage aktuell in der Region Hannover nicht ge-

geben: Lange Wartezeiten, Sprachbarrieren, fehlende Informationen und auch zu wenige Praxen, die Abbrüche vornehmen.

Aber mit diesem Antrag wollen wir den ersten Schritt gehen und diese Situation ändern, denn:

Selbstbestimmung und Gesundheitsversorgung dürfen nicht von Sprache, Aufenthaltsstatus oder Wohnort abhängen.

Wir sind der Ansicht, dass die Region Hannover die Verantwortung für eine verlässliche und diskriminierungsfreie Versorgung trägt. Deshalb brauchen wir konkrete Verbesserungen – und genau dafür legen wir heute Maßnahmen vor. Diese verbessern den Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen, bauen Benachteiligungen ab und stärken die Wahlfreiheit für Betroffene.



*Cornelia Busch | Gleichstellungspolitische Sprecherin*

Eine Frau muss selbstbestimmt und mit fachlicher Unterstützung entscheiden können, welchen Weg sie geht.

Dafür tragen wir als Region Hannover Verantwortung und deshalb bitten ich Sie um Unterstützung für diesen Antrag.

Vielen Dank

## Zum Antrag von SPD und Grünen: „Eine Region der Vielen“ – Optimierung der integrationspolitischen Strategie der Region Hannover – Entwicklung eines Diversitäts- und Teilhabekonzepts

**SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben zur Optimierung der integrationspolitischen Strategie der Region Hannover und zur Entwicklung eines Diversitäts- und Teilhabekonzepts einen entsprechenden Antrag in die Regionsversammlung eingebracht. Hier der Redebeitrag der integrationspolitischen Sprecherin der SPD-Regionsfraktion, Parisa Hussein-Nejad.**

*- Es gilt das gesprochene Wort -*

Liebe Frau Vorsitzende, liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit dem Antrag „Eine Region der Vielen“ bringen wir heute eine notwendige Weiterentwicklung des Integrationsplans der Region Hannover auf den Weg.

Denn gesellschaftliche Rahmenbedingungen verändern sich. Unsere Region wird vielfältiger, Lebensrealitäten differenzierter und die Anforderungen an Integration, Teilhabe und gesellschaftlichen Zusammenhalt komplexer.

Darauf muss auch ein Integrationsplan reagieren.

Und genau deshalb sprechen

wir künftig auch nicht mehr ausschließlich von einem Integrationsplan, sondern von einem Teilhabe- und Diversitätskonzept.

Denn die gesellschaftlichen Bedürfnisse und Herausforderungen haben sich verändert. Fragen von Zugehörigkeit, Chancengerechtigkeit, Diversität und gleichberechtigter Teilhabe stehen heute stärker im Mittelpunkt und betreffen viele unterschiedliche Menschen und Lebensrealitäten in unserer Region.

Dabei ist uns wichtig, an die bestehenden Erfahrungen



*Parisa Hussein-Nejad | Integrationspolitische Sprecherin*

und Strukturen in den Städten und Kommunen der Region anzuknüpfen.

Dort wird bereits seit vielen Jahren engagierte und wichtige Arbeit geleistet – mit gewachsenen Netzwerken, lokalen Kenntnissen und direkten Zugängen zu den Menschen vor Ort.

Genau diese Arbeit soll durch die Weiterentwicklung des Konzepts unterstützt, gestärkt und besser miteinander verbunden werden.

Denn gerade bei knappen personellen und finanziellen Ressourcen braucht es Orte für Austausch, gemeinsame strategische Orientierung und gegenseitige Unterstützung.

Es braucht Schnittstellen. Es braucht Vernetzung. Und es braucht eine gemeinsame Verständigung darüber, wie gute Integrations-, Teilhabe- und Diversitätsarbeit in Zukunft aussehen kann.

Die Region kann hier eine wichtige koordinierende und unterstützende Rolle übernehmen – als verbindende Ebene zwischen den vielen Akteur\*innen in der Region. Zum Beispiel durch Wissenstransfer, Qualitätsentwicklung, bessere Abstimmung, gemeinsame Strategien oder die Bündelung von Erfahrungen und Bedarfen.

Und wir müssen dabei auch stärker die Perspektive der zweiten und dritten Generation mitdenken.

Die Kinder von Eingewanderten, die beim letzten Integrationsplan teilweise noch Kinder waren, sind heute Jugendliche oder junge Erwachsene. Sie wachsen hier auf, gestalten diese Gesellschaft längst selbstverständlich mit und sind Teil der Zukunft unserer Region. Auch ihre Per-

spektiven, Erwartungen und Teilhabebedarfe müssen sich in einem modernen Teilhabe- und Diversitätskonzept wiederfinden.

Denn gesellschaftlicher Zusammenhalt entsteht nicht allein durch Integration im klassischen Sinne, sondern auch durch die Frage, wie Zugehörigkeit, Mitgestaltung und Chancengerechtigkeit für kommende Generationen gestaltet werden.

Gerade mit Blick auf die Zukunft unserer Region ist das ein wichtiger Aspekt, den wir bei der Erstellung des neuen Konzepts mitdenken sollten.

Denn viele Herausforderungen betreffen nicht nur einzelne Kommunen, sondern die Region insgesamt.

Integration und gesellschaft-

liche Teilhabe sind heute Querschnittsaufgaben. Sie berühren Bildung, Arbeit, Sprache, Wohnen, Demokratie, Kultur und Antidiskriminierung gleichermaßen.

Deshalb ist es richtig, den bisherigen Integrationsplan jetzt zu einem modernen Teilhabe- und Diversitätskonzept weiterzuentwickeln – gemeinsam mit den Kommunen, den Initiativen, den Migrant\*innenorganisationen und den Menschen vor Ort.

Nicht als abstraktes Papier. Sondern als praxisnahes und tragfähiges Instrument für eine vielfältige Region Hannover.

Vielen Dank.

## Zu diversen kulturpolitischen Beschlüssen

### **Zu einer Reihe von kulturpolitischen Beschlüssen der Regionsversammlung, hier der Redebeitrag der SPD-Regionsabgeordneten Parisa Hussein-Nejad.**

- Es gilt das gesprochene Wort -

Gerade in Zeiten knapper Kassen zeigt sich, wie ernst wir es mit Kulturpolitik meinen. Denn freie Kultur ist kein Luxus für gute Zeiten – sie ist Grundbedingung einer offenen und demokratischen Gesellschaft.

Freie Kultur braucht Freiheit. Und Freiheit braucht Verlässlichkeit.

Denn nur dort, wo Kunst und Kultur unabhängig arbeiten können, entstehen Räume für Kritik, Perspektivwechsel und gesellschaftliche Auseinandersetzung.

Deshalb ist es ein wichtiges Signal, dass die Kulturförderung weiterhin in ihrer ganzen

Breite unterstützt wird – von Chorförderung über kulturelle Bildung, bildende Kunst, Spielplanförderung, institutionelle Förderung und Theaterpädagogik bis hin zum Jungen Schauspiel und dem TfN.

Denn kulturelle Vielfalt bedeutet nicht, möglichst viel nebeneinander zu haben. Sie bedeutet, unterschiedliche Räume für gesellschaftliches Miteinander zu schaffen.

Ein Chor schafft Gemeinschaft durch gemeinsames Hören, Atmen und Stimmenfinden.

Theater eröffnet Perspektivwechsel und macht gesellschaftliche Fragen emotional erfahrbar.

Bildende Kunst macht sichtbar, was oft übersehen wird. Und kulturelle Bildung schafft Räume, in denen Menschen lernen, sich auszudrücken, zuzuhören und eigene Haltungen zu entwickeln.

Gerade deshalb ist Kulturförderung auch Demokratieförderung.

Denn Demokratie lebt nicht allein von Institutionen. Sie lebt von Menschen, die sich eine Meinung bilden können.

Die Widersprüche aushalten. Die zuhören können.

Die sich als Teil einer gemeinsamen Gesellschaft erleben. Kulturelle Räume schaffen genau solche Erfahrungen.

Sie stärken soziale Kompetenzen, fördern Begegnung und eröffnen Möglichkeiten, gesellschaftliches Zusammenleben aktiv mitzugestalten.

Deshalb ist Kulturförderung eben nicht nur die Förderung einzelner Projekte.

Sie ist eine Investition in Teilhabe.

In gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Und in mündige Bürgerinnen und Bürger.

Natürlich müssen wir in finanziell angespannten Zeiten bei größeren Weiterentwicklungen zunächst zurückhaltender sein.

Umso wichtiger ist es, die bestehende kulturelle Vielfalt zu stabilisieren und zu schützen.

Besonders positiv sehen wir deshalb die stärkere Öffnung hin zur Zusammenarbeit von Künstlerinnen und Künstlern mit Schulen sowie die Fördermöglichkeiten für Fördervereine an Schulen.

Denn kulturelle Teilhabe darf keine Frage des Elternhauses oder des Geldbeutels sein.

Kultur ist kein Nebenschauplatz. Sie gehört zum Fundament einer demokratischen Gesellschaft.

Vielen Dank.

## Zum Antrag von SPD und Grünen: Erklärung der Region Hannover als Freiheitszone „Freedom Zone“ für LGBTIQA\*

**Zur Erklärung der Region Hannover als Freiheitszone „Freedom Zone“ für LGBTIQA\* auf Antrag der Fraktionen von SPD und Grünen, hier der Redebeitrag des Sprechers für Schulen, Kultur und Sport, Thilo Scholz.**

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrter Herr erster Regionsrat, liebe Alle,

mein Name ist Thilo Scholz und ich spreche für die SPD-Fraktion zum Tagesordnungspunkt 12 „Erklärung der Region Hannover als Freiheitszone „Freedom Zone“ für queere Personen“.

Dieses Wochenende findet in Hannover der Christopher Street Day, kurz CSD, statt. Diese politische Demonstration für Vielfalt, Gleichberechtigung und die Rechte queerer Menschen wird seit dieser Legislaturperiode auch von der Region Hannover gefördert. – Und das ist gut so!

Um den Blick der Öffentlichkeit auf dieses Event der Demokratie – auf den CSD - zu lenken, haben wir als SPD und Grüne diesen Antrag zur Freiheitszone bewusst in dieser Woche in die Regionsversammlung eingebracht.

Uns geht es heute um ein klares politisches Bekenntnis: Die Region Hannover soll sich ausdrücklich als Freiheitszone für lesbische, schwule, bisexuelle, trans\*, inter\*, queere und agender Menschen erklären.

Also für Menschen, deren geschlechtliche Identität oder sexuelle Orientierung von der Mehrheitsnorm abweicht, und die deshalb besonders häufig Diskriminierung erleben.

Damit geht die Region Hannover den Weg, den auch das Europäische Parlament mit seiner Erklärung vom 11. März 2021 gegangen ist. Ähnliche Beschlüsse haben auch bundesdeutsche Kommunen wie Berlin, Köln, München, Frankfurt am Main oder auch die zur Region gehörige Landeshauptstadt Hannover gefasst.

Dazu muss man wissen, dass sich zuvor rund 100 Kommunen in Polen zu LGBT-freien Zonen erklärt haben - Sie also ihren Bürger\*innen ihre Rechte absprachen.

Gerade deshalb ist dieser Antrag zur Freiheitszone heute kein Symbolthema, sondern

- er ist eine konkrete Haltung gegen Diskriminierung,
- er ist eine konkrete Haltung gegen Ausgrenzung und
- er ist eine konkrete Haltung gegen Gewalt.

Liebe Zuhörende, gerade in einer Zeit, in der queerfeindliche Angriffe zunehmen und rechtspopulistische Kräfte weiter versuchen, erreichte Rechte wieder infrage zu stellen, müssen wir als demokratische Kommunalpolitik deutlich sagen:

- Wir stehen an der Seite der Betroffenen.
- Und jeder Angriff auf einen queeren Menschen ist ein Angriff auf unsere demokratische Gesellschaft!

Mit diesem Antrag

- bekennen wir uns dazu, die Rechte queerer Menschen zu schützen,
- bekennen wir uns dazu, Präventions- und Unterstützungsangebote weiter auszubauen und
- bekennen wir uns dazu, auch in der Verwaltung für mehr Sensibilität zu sorgen.

Und wir setzen auch ein sichtbares Zeichen:

- Ein Zeichen für Vielfalt,
- ein Zeichen für Menschenwürde und
- ein Zeichen für eine offene und demokratische Region Hannover.

Gerade jetzt braucht es dieses Signal – klar, öffentlich und unmissverständlich.

Nun könnte man auch sagen: Das brauchen wir in der Region Hannover nicht. Hier passiert so was doch nicht. Weit gefehlt!

Erinnern wir uns an den CSD im Mai 2024. Es kam laut Polizei und Veranstalter\*innen zu

- Körperverletzungen,
- Beleidigungen und
- sexuellen Belästigungen.

Seitdem muss das CSD-Organisations-Team noch mehr Ressourcen in die Sicherheit der Teilnehmenden stecken als ohnehin schon.

Wir als Region Hannover haben uns finanziell beteiligt und unsere Förderung erhöht.

Aber das eine politische Demonstration wie der CSD, diese Kundgebung für Vielfalt und Toleranz, von Sicherheitspersonal geschützt werden muss, ist schon sehr beängstigend. Und so ist es nicht nur rund um den CSD in der Innenstadt Hannovers. Wenn Menschen für queere Rechte eintreten, werden sie angepöbelt, beschimpft und gemobbt.

Das gilt

- für das Internet noch viel mehr als für unsere reale Welt,
- das gilt für den Osten der Republik wohl noch mehr als für den Westen.



Thilo Scholz | Sprecher für Schulen, Kultur und Sport

Ich bin in den letzten Wochen von Leuten gefragt worden, ob man denn so einen Antrag in die Regionsversammlung einbringen müsse.

Liebe Zuhörende, „Nein, man muss natürlich nicht – aber man sollte!“ Und warum sollte man?

- Weil man sich immer vor diskriminierte Menschen stellen sollte.
- Weil man immer zeigen sollte: Diese Menschen sind nicht allein.
- Und weil man schlicht und einfach HALTUNG zeigen sollte.

Liebe Zuhörende, ich habe eingangs gesagt: Der CSD ist eine politische Demonstration für Vielfalt, Gleichberechtigung und die Rechte queerer Menschen. Diese queeren Menschen fordern ein, Teil der Gesellschaft unserer Region Hannover sein – genau dafür wird demonstriert.

Umgekehrt heißt das, dass sich die Gesellschaft in der Region Hannover mit Fragen

- nach ihrer Offenheit,
- nach ihrer Solidarität und
- nach ihrer Diskriminierungsfreiheit auseinandersetzen muss.

Ein Teil dieser Auseinandersetzung dazu leistet die Erklärung zur Freiheitszone.

Deshalb bitte ich Sie um Zustimmung – vielen Dank!

## Zur Neufassung der Richtlinien über die Förderung von Kindertagesstätten

**Zur Neufassung der Richtlinien über die Förderung von Kindertagesstätten hier der Redebeitrag des kinder- und jugendpolitischen Sprechers, Johannes Seifert.**

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrter Herr Palandt, sehr geehrte Damen und Herren,

mit der heutigen Neufassung der Richtlinie zur Förderung von Kindertagesstätten stärken wir gezielt die Qualität unserer Betreuungseinrichtungen und investieren damit unmittelbar in die Zukunft unserer Kinder.

Kindertagesstätten sind weit mehr als reine Betreuungsorte. Sie sind Bildungs-, Entwicklungs- und Lebensräume. Deshalb müssen wir dafür sorgen, dass Kinder in einer sicheren, modernen und kindgerechten Umgebung aufwachsen können.

Die nun vorgesehene Förderung setzt genau dort an. Künftig sollen Anschaffungen für Mobiliar, fest installierte Spielgeräte sowie die Herstellung und Gestaltung von Außengeländen mit einem Zuschuss der 50 % der förderfähigen Kosten – in Höhe von maximal 2.500 € je neuem KiTa-Platz, unterstützt werden.

Das ist ein wichtiger und praxisnaher Schritt.

Denn gerade kleinere Träger und Einrichtungen stehen häufig vor erheblichen finanziellen Herausforderungen, wenn Gruppenräume ausgestattet, Spielbereiche modernisiert oder Außengelände neugestaltet werden müssen. Dabei sind diese Investitionen keineswegs nebensächlich.

Kindgerechte Möbel schaffen eine angenehme Lern- und Aufenthaltsatmosphäre. Fest installierte Spielgeräte fördern Bewegung, Motorik

und soziales Miteinander. Gut gestaltete Außenanlagen bieten Kindern Raum zum Entdecken, Spielen und Erleben der Natur.

Wer einmal gesehen hat, wie intensiv Kinder ihre Außenbereiche nutzen, weiß: Diese Flächen sind ein wichtiger Bestandteil frühkindlicher Bildung.

Mit der neuen Förderung unterstützen wir daher nicht nur bauliche Maßnahmen, sondern vor allem die pädagogische Qualität unserer Einrichtungen.

Gleichzeitig entlasten wir die Träger finanziell und schaffen Anreize, notwendige Modernisierungen tatsächlich umzusetzen.

Besonders hervorzuheben ist dabei die Förderstruktur. Ein Zuschuss von 50 Prozent bis maximal 2.500 Euro schafft Verlässlichkeit und ermöglicht konkrete Verbesserungen direkt vor Ort.



Johannes Seifert | Kinder- und jugendpolitischer Sprecher

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Investitionen in Kindertagesstätten sind Investitionen in Chancengleichheit, Familienfreundlichkeit und die Zukunft unserer Gesellschaft.

Mit dieser Neufassung der Förderrichtlinie setzen wir ein wichtiges Signal: Wir unterstützen unsere Kitas nicht nur beim Betrieb, sondern auch bei der Schaffung guter Bedingungen für Kinder und Fachkräfte.

Ich bitte Sie daher um Zustimmung zu dieser Vorlage. Vielen Dank.

## Zur Renaturierung des Oldhorster Moores

**Zur Vorlage „Umsetzung der Moor- und der Wasserstrategie: Geplantes Projekt „Renaturierung des Oldhorster Moores: Wiederherstellung der Schwammlandschaft im Bereich der Wulbeck-Quellen“ hier der Redebeitrag des stellv. umweltpolitischen Sprechers, Dr. Robert Schmitz.**

- Es gilt das gesprochene Wort -

Frau Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren,

bei der letzten Sitzung der Regionsversammlung haben wir mit einem wegweisenden Beschluss das „Investitionsprogramm Klima 2026-35“ ins Leben gerufen.

Jetzt kommen wir bereits zu ersten Maßnahmen, um es umzusetzen, denn es geht darum, möglichst die Treibhausgasneutralität in der Region Hannover bis 2035 zu erreichen.

Zwei Projekte auf der Tagesordnung stehen heute in einem Zusammenhang mit dem Investitionsprogramm oder sind direkter Bestandteil davon:

1. Die Renaturierung des Oldhorster Moores, das, wie andere Moore in der Region auch, als Speicher für Treibhausgase ertüchtigt werden soll.

2. Das Projekt des Vereins „Heuhüpfer“ für einen au-

berschulischen Lernort zu Umweltschutz, nachhaltiger Ernährung und ökologischer Landwirtschaft. Hier geht es darum, Menschen auf das Thema Nachhaltigkeit aufmerksam zu machen und über entsprechendes Verhalten auf positive Auswirkungen für das Klima hinzuwirken.

Auch zur Wärmebildkarte sollte ursprünglich heute über eine Beschlussdrucksache abgestimmt werden, das kommt dann nächstes Mal.

Wir bitten um Zustimmung für die entsprechenden Drucksachen!

Vielen Dank!



Dr. Robert Schmitz | Stellv. umweltpolitischer Sprecher

## Zur 6. Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms Region Hannover

### Zur 6. Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms Region Hannover 2016 (RROP 2016) hier der Redebeitrag des Sprechers für Regionalplanung, Karsten Vogel.

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, Herr erster Regionsrat, liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete, meine Damen und Herren!

Mein Name ist Karsten Vogel und ich spreche für die SPD-Fraktion.

Zur heutigen Behandlung steht an die 6. Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms (RROP) von 2016. Es wird sicher die letzte Änderung sein, denn es laufen bereits die Vorarbeiten für die anstehende Neuauflistung. Das aber wird ein Thema der noch zu wählenden nächsten Regionsversammlung sein.

Kernpunkt dieser 6. Änderung ist die gesetzliche Vorgabe einer Anpassung des RROP an das bereits 2022

geänderte Landesraumordnungsprogramm (LROP). Inhaltlich bedeutet dies Anpassungen bei:

- Biotopverbänden
- Neu-Festlegung von Vorranggebieten Wald
- Streichung von Vorrang- und Ausschlussgebieten Rohstoffgewinnung bzw. für Biogas- und Freiflächenphotovoltaikanlagen
- Neu-Festlegung der Stromtrasse Südlink
- Festlegung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten Kulturelles Sachgut.

Die meisten dieser Punkte waren in den Ausschussberatungen unstrittig. Bedauert wurden lediglich die entfallenden Steuerungsmöglichkeiten für Freiflächenphotovoltaik.

Anders ist es allerdings bei den Festlegungen zu kulturellen Sachgütern. Dass die Marienburg oder die Herrenhäuser Gärten, die ja auch bereits im LROP aufgeführt sind, bedeutende Kulturelle Sachgüter sind, ist unbestritten.

Differenzen zwischen der

Politik und der Verwaltung gab es allerdings bei den Vorbehaltsgebieten Kulturelle Sachgüter und hier gerade der ehemaligen Rittergüter. Diese sind heute häufig landwirtschaftlich genutzte Ensemble, die aber als solche bereits besonderen Schutz in Form von Denkmalschutz u. ä. unterliegen.

Zwar hat uns die Verwaltung klar gemacht, dass ein Vorbehalt keine unüberwindliche Hürde für Veränderungen ist, sondern jeweils in Einzelfallbetrachtungen überwunden werden kann. Das mag richtig sein, schafft aber unserer Ansicht nach nur zusätzlichen bürokratischen Aufwand auf Seiten der Eigentümer wie auch der Verwaltungen.

Diesen wollen wir vermeiden und haben deshalb den Antrag vorgelegt, diese Rittergüter nicht als Vorbehaltsgebiete Kulturelles Sachgut aufzunehmen.

Wir sehen das aber auch – und das mir wichtig zu betonen – im Zusammenhang mit den Aktivitäten für den Deister und das Calenberger



Karsten Vogel | Sprecher für Regionalplanung

Vorland schnellstmöglich einen Naturpark zu schaffen. Dabei sind auch die Besitzer der betrachteten ehemaligen Rittergüter maßgeblich beteiligt. Hier allerdings ist klar, dass der Naturpark für sie mit keinerlei Restriktionen versehen sein wird.

Warum sollten wir also jetzt bei den Festlegungen der sechsten Änderung des RROP gerade in dem Raum unnötig für Widerstände sorgen?

Ich fordere deshalb alle auf, unserem Änderungsantrag zuzustimmen!

## Zur Förderung des Schulbiologiezentrums Hannover

### Zur Förderung des Schulbiologiezentrums Hannover hier der Redebeitrag der finanzpolitischen Sprecherin, Silke Gardlo.

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, Herr erster Regionsrat, liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete, meine Damen und Herren,

das Schulbiologiezentrum Hannover erhält, beginnend mit dem Haushaltsjahr 2027, eine institutionelle Förderung in Höhe von 25.000 Euro jährlich.

Über diesen Beschlussvorschlag heute freue ich mich und auch, dass er bereits im Ausschuss einstimmig empfohlen wurde.

Das Schulbiologiezentrum ist ein wichtiger außerschulischer Lernort in der Region Hannover. Auch wenn er in der Landeshauptstadt liegt, die aber bekanntlich auch zur Region gehört, ist er auch für die Schulen und Lehrkräfte im Umland ein wichtiger Lernort.

Warum ist dieses wichtige und übrigens schon sehr lange bestehende Projekt unter

Druck? Weil die Kommunen unter finanziellen Druck stehen. Die LHH hat bereits mehrere HSK hinter sich. Somit kam vor ein paar Jahren die Anfrage um Unterstützung durch die Region. Das geht natürlich nicht immer, auch die Region ist inzwischen im HSK, aber wir können mit der Förderung einen Beitrag zum Weiterbestand des Schulbiologiezentrums leisten und wollen dies auch mit einer institutionellen Förderung tun. Ja, der Betrag ist leider kleiner als in den Projektförderungen der vergangenen Jahre, aber dafür



Silke Gardlo | Finanzpolitische Sprecherin

flexibler einsetzbar und hoffentlich auch langfristig möglich. Somit hat das Zentrum

eine bessere Planbarkeit bei ihrer wichtigen Arbeit

Was passiert dort eigentlich?

Ich zitiere den Förderverein: „Jährlich werden über 45.000 angezogene Pflanzen und fast 7.000 Samentüten zur pädagogischen Nutzung von den Schulen angefordert und für den Unterricht im Rahmen der ca. 1.400 Kurse

pro Jahr vor Ort eingesetzt. 20 themenbezogene, auf die schulischen Kerncurricula abgestimmte Pflanzenlieferungen ermöglichen mithilfe von didaktischen Arbeitshilfen die Auseinandersetzung am realen Objekt direkt in den Schulen. In den Themengärten werden zum Beispiel im Gemüsegarten durch eigenes Anpflanzen, Ernten und Verarbeiten Lebensmit-

tel schätzen gelernt, im Genetikkarten Grundkenntnisse der Vererbung anschaulich vermittelt, im Insektengarten ein Verständnis für biologische Zusammenhänge durch Beobachtung erlangt und im EXPO-Projekt Apothekergarten Grundkenntnisse der Pflanzenheilkunde und Selbstmedikation vermittelt. Das Lernen mit Kopf, Herz und Hand ermöglicht so

das Verständnis komplexer Zusammenhänge wie z.B. Klimawandel, Bionik, Biodiversität und Ernährung und Gesundheit.“

Also, in der Stadt der Gärten und der Gartenregion muss ein solch gutes Angebot bestehen, daher unterstützt die SPD Fraktion diesen Beschlussvorschlag heute sehr gern!

## Zum Antrag von SPD und Grünen: Einsatz modularer Bauweise beim Bau von regionseigenen Schulen

**Zum rot-grünen Antrag „Einsatz modularer Bauweise zur kurzfristigen Entlastung und langfristigen Entwicklung der Förderschulen und berufsbildenden Schulen in der Region Hannover, hier der Redebeitrag des stellv. schulpolitischen Sprechers, Walter Zychlinski.**

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrter Herr stv. Regionspräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren,

Ich möchte zu unserem Ursprungsantrag und zum Änderungsantrag sprechen.

Gute Bildung braucht gute Räume – und zwar rechtzeitig. Rechtzeitig heißt in der aktuellen Realität unserer Schulen: eigentlich eher gestern als heute. Beschleunigung ist das Gebot der Stunde. Dieses Leitmotiv steht über unserem heutigen Antrag.

Wir alle wissen: Die Situation insbesondere an den Förderschulen der Region Hannover ist seit Jahren extrem angespannt. Wir haben oft Klagen darüber gehört. Doch Klagen verändern keine Realitäten – das schafft nur eine mutige Maßnahmenpolitik.

Um den pädagogischen Alltag spürbar zu erleichtern und zu stützen, sind Kapazitätserweiterungen dringend erforderlich. Deshalb schlagen die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen vor, konsequent auf modulare Bauweisen zu setzen.

Warum ist dieser Weg der richtige?

Erstens: Er bringt Schnelligkeit. Modulare Bauweisen erlauben uns, zügig und qualitativ hochwertig auf akute Bedarfe zu reagieren. Es geht hier ausdrücklich nicht um provisorische Containerlösungen, sondern um zukunftsfähiges, nachhaltiges Bauen.

Zweitens: Er bringt Flexibilität. Ein zentrales Qualitätsmerkmal muss die Wiederverwendbarkeit sein. Die Schulentwicklungsplanung zeigt uns immer wieder, dass Schülerzahlen massiv von Prognosen abweichen können – in beide Richtungen. Wir brauchen eine atmende Raumplanung, die sich hier anpasst. Module, die an einem Ort nicht mehr gebraucht werden, müssen unkompliziert dorthin versetzt werden können, wo sie fehlen.

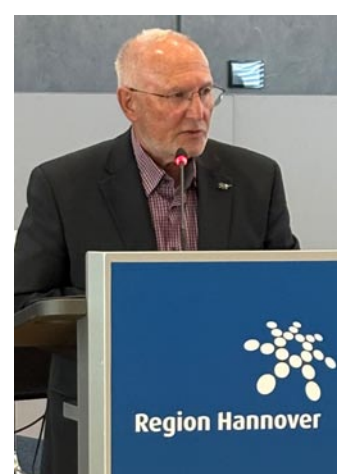
Drittens: Er bringt Kostenstabilität. Durch standardisierte

Verfahren erreichen wir eine verlässliche Kalkulation und schnellere Realisierung als bei rein konventionellen Bauverfahren, die viel zu oft von Zeitverzug und Kostenrisiken geprägt sind. Dabei setzen wir auf moderne, ökologische Standards wie Wärmepumpen und PV-Anlagen im KfW-40-Standard.

Unser konkreter Auftrag an die Verwaltung lautet daher: Ein verbindlicher Umsetzungsplan muss zeitnah auf den Tisch. Er muss Bedarfe aufzeigen und konkrete Zeitpläne hinterlegen.

Der inhaltskongruente Änderungsantrag der CDU/FDP-Gruppe bringt nur vermeintlich etwas hinzu – Planungsobjektivierung ist in unserem Ursprungsantrag längst verankert! Ebenso die kontinuierliche Unterrichtung der Politik über den Fortgang der Maßnahmen. Das ist im Übrigen bereits gelebte Praxis. Dafür benötigen wir kein weiteres, aufgeblähtes Berichtswesen, das in der Bauverwaltung wertvolle Kapazitäten bindet. Das Personal gehört an die Bauplanung und Bauumsetzung und nicht ins Statistikbüro!

Unser Ursprungsantrag basiert auf den akuten, realen Notlagen, die uns von den Förder- und Berufsschulen



Walter Zychlinski | Stellv. schulpolitischer Sprecher

tagtäglich gemeldet werden. Wir müssen nicht noch mehr Berichte wälzen, um Missstände zu beschreiben, die ohnehin jeder kennt. Der bekannte bauliche Zustand ist Handlungsursache und nicht Verwaltungssache.

Wir müssen jetzt handlungsorientiert und zügig ausgeweitete Raumangebote schaffen!

Im Sinne der Schulen und der Schülerinnen und Schüler bitte ich Sie daher um Zustimmung zu unserem Antrag.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

## Zum Antrag von SPD und Grünen: Entwicklung und Umsetzung einer Priorisierungsliste im Bereich Schulbaumaßnahmen

**Zur von SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN beantragten Entwicklung und Umsetzung einer Priorisierungsliste im Bereich Schulbaumaßnahmen hier der Redebeitrag des Regi-  
onsabgeordneten Matthias Paul.**

- Es gilt das gesprochene Wort -

Frau Vorsitzende, sehr geehrter Herr Palandt, sehr geehrte Damen und Herren, mein Name ist Matthias Paul und ich spreche für die SPD.

Der Handlungsbedarf im Bereich des Schulbaus ist hoch

– sowohl im Bereich der Förder- wie auch der Berufsschulen. Das in zehn Jahren allerdings nur eine Turnhalle gebaut worden sei, ist reine Polemik.

Mit der Bildung des neuen Dezernats arbeitet Frau Gifhorn an den nötigen personellen Strukturen zur Umsetzung. Natürlich muss immer wieder akut repariert werden. Daher ist es uns als SPD ein besonderes Anliegen, vor die Welle zu kommen.

Allerdings geht es uns eben auch um eine nachhaltige pädagogische Qualität. Schulen

nach dem Muster des preußischen Kasernenbaus funktionierten heute nicht mehr – übrigens auch dann nicht, wenn diese Gebäude nach den neuesten Regeln des Brandschutzes mit Millionenbeträgen ertüchtigt werden.

Schulen sind kein Aufbewahrungsort, sondern ein Lebensort.

Wir freuen uns darüber, demnächst anhand der nun beantragten Priorisierungsliste politisch zu diskutieren und zu beschließen.



Matthias Paul | Mitglied im Schulausschuss

## Die nächsten Sitzungen

Die Sitzungen der Fachausschüsse sowie die Regionsversammlungen finden öffentlich statt und stehen allen kommunalpolitisch Interessierten offen. Ort: Neues Regionshaus | N-Räume | Hildesheimer Straße 18 | 30169 Hannover

Di. 02.06.2026	16:30 Uhr	Ausschuss für Gleichstellung, Integration, Antidiskriminierung und Diversität
Do. 04.06.2026	16:30 Uhr	Ausschuss für Wirtschaft und Beschäftigung
Di. 09.06.2026	14:00 Uhr	Ausschuss für Regionalplanung, Naherholung, Metropolregion und Europaangelegenheiten
	16:30 Uhr	Jugendhilfeausschuss
Do. 11.06.2026	14:00 Uhr	Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen und Teilhabe
	16:30 Uhr	Ausschuss für Feuerschutz, Rettungswesen und allgemeine Ordnungsangelegenheiten
Mo. 15.06.2026	14:00 Uhr	Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz
	16:30 Uhr	Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport
Di. 16.06.2026	14:00 Uhr	Verkehrsausschuss
	16:30 Uhr	Betriebsausschusses des Eigenbetriebs „Waldhof - Jugendhilfeeinrichtung der Region Hannover“
Di. 18.06.2026	15:00 Uhr	Gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Schulen, Kultur und Sport und des Ausschusses für Organisation, Personal, Finanzen und Digitalisierung
	16:30 Uhr	Ausschusses für Organisation, Personal, Finanzen und Digitalisierung
Di. 30.06.2026	14:00 Uhr	Regionsversammlung

## Interview mit dem Regionsabgeordneten Johannes Seifert, Sprecher der SPD-Regionsfraktion für Jugendhilfe

### In welchem Wahlbereich bist du tätig, und wie lange bist du schon Mitglied der Regionsversammlung?

Ich bin im Wahlbereich 13 (dazu gehören: Barsinghausen, Seelze, Gehrden) tätig. Seit 2021 gehöre ich der Regionsversammlung an.

### In welchen Ausschüssen vertrittst du die Fraktion und welche Rolle spielst du dort?

Meine Ausschüsse sind der Jugendhilfeausschuss (JHA) wo ich die Fraktion als Sprecher vertreten darf. Im Ausschuss für Schule, Kultur und Sport (SKS) und im Betriebsausschuss des Eigenbetriebs „Waldhof - Jugendhilfeeinrichtung der Region Hannover“ bin ich als Mitglied aktiv. Des Weiteren habe ich noch einen Vertretungssitz für die Fraktion im Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen und Teilhabe sowie im Ausschuss für Abfallwesen!

Ein weitere wichtige Tätigkeit ist die Mitarbeit im Beirat „Familienunterstützende Projekte in der Region Hannover“.

Seit Ende letzten Jahres bin auch sehr aktiv in unserer internen AG Mittagessen, die sich des Themas` Mittagessenversorgung für alle Schüler\*innen durch eine Regionküche in der Region Hannover angenommen hat.

### Du bist Sprecher der SPD-Regionsfraktion für Jugendhilfe – ein umfassendes und auch emotionales Themenfeld. Welche Themen genau umfasst die Jugendhilfe?

Die Jugendhilfe umfasst alle Leistungen und Aufgaben zur Förderung junger Menschen und zur Unterstützung von Familien. In Deutschland ist sie vor allem im Sozialgesetzbuch VIII (SGB VIII) geregelt und wird auch als Kinder- und Jugendhilfe bezeichnet. Zu den wichtigsten Themenbereichen gehören:

- Förderung von Kindern und Jugendlichen
- Beratung und Unterstützung von Familien
- Kindertagesbetreuung
- Hilfen zur Erziehung
- Schutz von Kindern und Jugendlichen
- Jugendsozialarbeit
- Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche mit:
  - seelischen Behinderungen
  - psychischen Belastungen
  - besonderem Förderbedarf
- Adoption und Pflegekinderwesen
- Kinder- und Jugendschutz
- Mitwirkung in familiengerichtlichen Verfahren zum Beispiel bei:
  - Sorgerecht
  - Umgangsrecht
  - Kindeswohlfragen

Zentrale Institution ist meist das Jugendamt, das kommunal organisiert ist und viele dieser Aufgaben koordiniert. Da die Region Hannover Trägerin verschiedener Jugendämter ist, beschäftigen uns eben auch mit deren Aufgaben.

### In der Jugendhilfe werden oft „Richtlinien“ angepasst – was bedeutet das und warum ist das so wichtig?

Jugendhilfe ist ein laufender Prozess, der sich den gesellschaftliche Veränderungen anpassen muss. Da nenne ich einfach mal die Betreuungssituation, die sich in den letzten Jahren dauernd weiterentwickelt hat, um die Bedarfe die entstanden sind für Eltern, Kinder und pädagogischen Personal auch alltagstauglich umsetzen zu können.

### Was beschäftigt dich inhaltlich und persönlich am Meisten in deinen Arbeitsgruppen und welche Prioritäten setzt du in deiner Arbeit? Gibt es ein Projekt, dass du in den kommenden Jahren voranbringen möchtest?

Da ist zu nennen  
1. Der weitere Ausbau der Kinderbetreuung  
2. Qualitative Verbesserung

der Mittagsversorgung in Kitas und Schule

3. die weitere Verbesserung der pädagogischen Qualität in den Kitas und anderen pädagogischen Einrichtungen

4. die frühkindliche Erziehung und die daraus resultierenden Angebote wie Familienzentren, Elterntreffs etc.

5. mehr Angebote für Schulabgänger ohne Abschluss. Diesen Schulabgängern (ohne Abschluss) fehlen Perspektiven. Daher kann sich bei diesen betroffenen Jugendlichen ein großes Potenzial von Frust aufbauen. Es braucht für diesen Personenkreis Angebote um ihnen eine echte Perspektive anzubieten.

6. Erhalt und Verbesserung der Beratungsangebote für Kinder, Jugendliche und deren Eltern.

Daher würde ich mich sehr gern weiter für den Ausbau Weiterentwicklung der Jugendhilfe in der Region Hannover einsetzen.

### Nun noch ein paar „privatere“ Fragen: Was schätzt du an der Region Hannover besonders? Gibt es Orte oder Besonderheiten, die dir besonders am Herzen liegen und die du unseren Leser\*innen empfehlen kannst?

Ja, natürlich ist zum einen meine Heimatkommune Seelze zu nennen; die man gut mit dem Fahrrad erreichen und erkunden kann, da sie einen Bahnhof und zwei Haltepunkte der S-Bahn hat. Seelze ist landschaftlich ist sehr schön, bietet aber auch besondere Highlights wie unsere Therme.

Ansonsten ist für mich das Steinhuder Meer oder der Benther Berg immer ein Ausflug wert.

### Wenn du einen Wunsch für die Zukunft der Region Hannover frei hättest, welcher wäre das?

Ich wünsche mir, dass wir wei-



Johannes Seifert | Kinder- und jugendpolitischer Sprecher

terhin die Jugendhilfe in der Region Hannover maßgeblich mitgestalten können, weil wir uns gerade auf kommunaler Ebene stark für soziale Gerechtigkeit und Teilhabe aller Menschen einsetzen.

Ich durfte in den gut fünf Jahren, als Regionsabgeordneter, an der Weiterentwicklung der Region Hannover mitarbeiten und habe viele Einrichtungen mit hoch engagierten Mitarbeiter\*innen kennen gelernt. Außerdem würde ich mich sehr freuen, wenn die Bürgerinnen und Bürger am 13.09.2026 Eva Bender zur neuen Regionspräsidentin wählen und uns als SPD auch weiterhin das Vertrauen schenken würden. Mit Eva hätten wir eine sehr engagierte Frau als Präsidentin, die die unterschiedlichsten Menschen zusammenbringt und aufgrund ihrer umfassenden Expertise viele wichtige Impulse für die Politik mitbringt.

### Impressum

Herausgeberin:  
SPD-Regionsfraktion Hannover  
Hildesheimer Straße 20  
30169 Hannover  
fon: 0511/616-22192  
spd@regionsversammlung.de  
www.spd-regionsfraktion-hannover.de

Verantwortlich:  
Regina Hogrefe | Fraktionsvorsitzende

Bildnachweise:  
Porträtaufnahmen:  
© Blickpunkt Photodesign, Bödeker  
Alle weiteren Fotos:  
SPD-Regionsfraktion Hannover

Für Inhalte und Gestaltung der verlinkten Internetseiten, auf die wir keinen Einfluss haben, übernehmen wir keine Verantwortung.